

Zur Stellungnahme der Wissenschaftsplattform Klimaschutz

Lücken der deutschen Klimapolitik

Das Klimaschutzgesetz soll die Umsetzung der deutschen Klimapolitik ermöglichen. Wie sind die gesetzlichen Weichenstellungen zu bewerten? Welche Schwachstellen weisen die Regelungen auf? Eine Analyse der deutschen Klimapolitik legt gravierende Defizite offen.

Von Rudi Kurz

Die *Wissenschaftsplattform Klimaschutz* (WPKS) diagnostiziert in ihrer aktuellen Stellungnahme gravierende Lücken in der deutschen Klimapolitik und weist vor allem auf den Mangel an langfristiger strategischer Orientierung hin (WPKS 2023). Ziel müsse „Resilienz“ sein, das heißt, dass „auch unter Stressbedingungen Klimaziele und andere Nachhaltigkeitsziele weiterverfolgt werden.“ Die WPKS hebt sechs Themen hervor, die ihr im Hinblick auf eine Langfriststrategie relevant erscheinen: Sozial gerechter Klimaschutz und vorsorgende Sozialpolitik; Akzeptanzsicherung durch Kommunikation und Partizipation; Industriepolitik und internationale Kooperation; Nachhaltige Finanzwirtschaft für die Transformation; Zukunftsfähiges Klimarecht; CO₂-Entnahme aus der Atmosphäre.

Offensichtliches Strategiedefizit

Ein Strategiedefizit in der deutschen Klima- und Nachhaltigkeitspolitik ist offenkundig und besteht seit vielen Jahren. Auf eine naheliegende Möglichkeit zur Schließung dieser Lücke geht die WPKS nicht ein: Seit 2002 gibt es eine *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie* (DNS), die mit einer guten Strukturierung gestartet ist, deren Ausbau und Umsetzung aber vernachlässigt worden ist (Kurz 2019). Die DNS ist an den Sustainable Development Goals (SDGs) der UN ausgerichtet und sie wird auch vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

(BMWK) im aktuellen Jahreswirtschaftsbericht aufgegriffen. Wie im Klimaschutzgesetz müssten nun verbindliche Ziele auch für Biodiversität und Stoffströme formuliert, Monitoring und Kontrollmechanismen etabliert werden.

Risiken und Zielkonflikte

Von besonderer Bedeutung im Hinblick auf aktuell anstehende gesetzliche Weichenstellungen ist das sechste Thema – wie es scheint, der Kern der ganzen Stellungnahme. Die zahlreichen Risiken und Nachteile der CO₂-Entnahme aus der Atmosphäre werden von der WPKS aufgelistet und es wird auf Zielkonflikte hingewiesen, durch die „eine politische Begrenzung dieser Option erforderlich sein kann.“ Sowohl der Aufbau der Infrastruktur (Pipelines etc.) als auch der laufende Betrieb müssten dauerhaft subventioniert werden. Die WPKS macht allerdings weder Angaben zum Subventionsvolumen noch einen Finanzierungsvorschlag. Wie die politische Begrenzung von Entnahmemengen gegen massive Industrieinteressen durchgesetzt werden soll, die auf eine unbegrenzte Ausdehnung dieser Option gerichtet sind, wird nicht thematisiert. Faktisch öffnet das Plädoyer für „großskalige“ technische Entnahmeverfahren (CDR, CCS, DAC, CCU etc.), für Infrastrukturausbau und für staatliche Dauer-Subventionierung das Tor zu einer Neuausrichtung der Klimapolitik – weg von der Vermeidung hin zur Entsorgung (Zwischenlagerung).

Bei der Auswahl ihrer sechs relevanten Themen wird von der WPKS eine strategische Option vollkommen übersehen beziehungsweise vernachlässigt („wo angemessen auch suffizienter Umgang mit Ressourcen“): Die Reduktion von Produktions- und Konsummengen (Suffizienz). Zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele in den nächsten beiden Jahrzehnten sind aber neben Produktinnovationen und Technikänderungen auch Verhaltensänderungen, konkret Konsumeinschränkungen (Raumtemperatur, Flugmeilen, Fleischmengen etc.) erforderlich und müssen dafür Rahmenbedingungen und Akzeptanz hergestellt werden (Suffizienzpolitik) (SRU 2023).

Fazit

Die WPKS-Stellungnahme weist auf strategische Schwachstellen hin, die dringend beseitigt werden müssen. Sie liefert einige Bausteine zu einer ganzheitlichen Nachhaltigkeitsstrategie, könnte aber auch zu falschen Weichenstellungen beitragen, da sie Technikoptionen (Entnahme) überschätzt und Suffizienzoptionen vernachlässigt. Die WPKS-Stellungnahme taugt daher nur sehr bedingt als Orientierungshilfe für die Klimapolitik. Sie stellt aber wichtige (Forschungs-) Fragen und ist ein anregender Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs.

Literatur

- Kurz, R. (2019): Unsustainable Germany. Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie auf dem Prüfstand. In: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht 42/3: 342–357.
- SRU (2023): Politik in der Pflicht: Umweltfreundliches Verhalten erleichtern, Sondergutachten. Berlin, Sachverständigenrat für Umweltfragen.
- WPKS (2023): Lücken in der deutschen Klimapolitik. www.wissenschaftsplattform-klimaschutz.de/de/WPKS-Stellungnahme-Luecken-in-der-deutschen-Klimapolitik-1791.html

AUTOR + KONTAKT

Dr. Rudi Kurz war bis 2017 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Pforzheim und ist Sprecher des BUND-Arbeitskreises Wirtschaft und Finanzen.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Kaiserin-Augusta-Allee 5, 10553 Berlin.
E-Mail: rudi.kurz@bund.net